

Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“
Sprecher des Bündnisses: Dirk Stegemann
Telefon: 0177 / 176 86 33

An die Leiter der Ressorts
Lokales / Berlin / Überregional

Berlin, 28. 11. 2010

Presseerklärung:

„Pro Deutschland“ verhütet sich selbst

Lediglich ca. 40 Anhänger_innen der selbsternannten Bürgerbewegung „Pro Deutschland“ versuchten am heutigen Sonntag die derzeitig verschärfte Sicherheitslage für ihren rassistischen Propagandafeldzug zu missbrauchen. Dazu erklärte das Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“:

Auch diese Veranstaltung passte sich nahtlos in die Reihe der Pleite-Serie von „Pro Deutschland“ in Berlin ein. Die vom Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“ am Rande verteilten Kondome und Flyer zur Verhütung rechtspopulistischen und rassistischen Gedankengutes fanden zwar reißenden Absatz, doch ihr Einsatz war kaum erforderlich. Zu groß war die Ablehnung der Passant_innen gegenüber der menschenfeindlichen Propaganda von „Pro Deutschland“ und zu klein deren Häufchen, um überhaupt wahrgenommen zu werden. Weder fand die Veranstaltung wie großspurig angekündigt am Brandenburger Tor statt, noch konnten sie, wie vorher von ihnen extra hervorgehoben, davon profitieren, dass das Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“ nicht öffentlich zu Gegenveranstaltungen aufgerufen hatte. Den Ort ihrer Abschlussveranstaltung am Potsdamer Platz mussten sie sich dazu, auch noch mit einem Stand von Scientology teilen. Unbeabsichtigt fanden sie sich so in der ideologischen und strukturellen Ausrichtung wieder, deren Parallelen unverkennbar sind - die einer Menschen manipulierenden Sekte.

Erwähnenswert bleibt so auch einzig, der vom Bündnis kritisierte Polizeieinsatz. Trotz der vom Bezirksamt Berlin-Mitte erteilten Genehmigung für die Flyerverteilkaktion, versuchten die Beamt_innen eine nicht angemeldete Versammlung zu konstruieren, um die Beteiligten festhalten zu können. Damit sicherten sie „Pro Deutschland“ eine zum Teil unbegleitete Demonstration und nötigten das Bündnis zu einer ungewollten Versammlungsanmeldung. Bezeichnend für das an den Tag gelegte Rechtsverständnis der Berliner Beamt_innen, war das mehrfache Abfilmen der Protestierer, trotz des Wissens über das Verbot von Videoaufnahmen ohne eine bestehende Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Selbst wiederholte Aufforderungen von Seiten des Bündnisses veranlasste die Beamt_innen nicht dazu, dieses rechtswidrige Verhalten einzustellen. Das Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“ wird deshalb rechtliche Schritte gegen die Berliner Polizei prüfen.